

seinem Bestande von so schwerer feindlicher Übermacht bedrohtes Naturvolk würde höchstens mit der ausgiebigsten Waffenhilfe des europäischen Hygienikers zu retten sein. Sie war in planmäßige, umfassende Aktion getreten, als der Krieg ausbrach und die Fortsetzung dieser deutschen Kulturarbeit ausschaltete.

IX. Jahreskonferenz für Naturdenkmalpflege in Berlin.

Von O. Herr, Görlitz.

Am 5. und 6. Dezember fand in Berlin in den Räumen der Staatlichen Stelle die IX. Jahreskonferenz für Naturdenkmalpflege statt. Der Leiter der Stelle, Geheimrat Prof. Dr. Conwentz, wies in seiner

I. Eröffnungsrede

auf die großen Gefahren hin, die unserer Heimat durch die Durchführung der ungeheuerlichen Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages drohen, gab eine Übersicht über die während des Krieges unter Schutz gestellten Gebiete und hob hervor, daß die Staatliche Stelle für Naturdenkmalpflege ihr Arbeitsfeld erweitert und den *gesamten Naturschutz* in ihr Programm aufgenommen habe.

II. Über die

Fortschritte in der Gesetzgebung für Natur- und Heimatschutz seit 1914

sprach Landgerichtsrat Dr. Wolf, Justitiar der Staatlichen Stelle. Seit dem Jahre 1914 sind eine Reihe von bemerkenswerten Gesetzen, Verordnungen usw. auf dem Gebiet des Natur- und Heimatschutzes erschienen.

1. Artikel 150 der Reichsverfassung vom 11. August 1919 bestimmt, daß die Denkmäler der Kunst, der Geschichte und der Natur sowie die der Landschaft den Schutz des Staates genießen. Danach sind also *Reich* und *Einzelstaaten* unbedingt verpflichtet und berechtigt, die bezeichneten Gegenstände gegen Verletzung und Beeinträchtigung jeder Art in Schutz zu nehmen, in ihrem Zustande zu erhalten und ihnen besondere Förderung angedeihen zu lassen. Die den Einzelstaaten durch Art. 150 zugewiesenen Aufgaben können nur durch ein besonderes *Denkmalschutzgesetz*, wie es in der Schweiz seit etwa einem Jahrzehnt und auch in einzelnen Bundesstaaten (Bayern, Hessen, Oldenburg und Lübeck) seit einer Reihe von Jahren besteht, in *Hamburg* und *Lippe* bereits eingebracht und in Preußen gefordert worden ist, erfüllt werden.

2. Das *Ausgrabungsgesetz* vom 26. März 1914 sichert die im Erdboden befindlichen Gegenstände, welche für die Kulturgeschichte, einschließlich der Vorgeschichte des Menschen sowie für die Vorgeschichte der Tier- und Pflanzenwelt, also insoweit auch als Naturdenkmäler, von Bedeutung sind. Grabungen danach dürfen nach diesem Gesetz nur unter solchen Umständen erfolgen, die das öffentliche Interesse an der

Förderung der Wissenschaft und Denkmalpflege nicht beeinträchtigen, und nur mit Genehmigung und unter Kontrolle des Regierungspräsidenten. Funde sind eventuell gegen eine Entschädigung, über die eine Schätzungskommission entscheidet, abzuliefern. Hohe Strafen sichern die Durchführung des Gesetzes.

3. Das *Fischereigesetz* vom 11. Mai 1916 bestimmt in § 105, daß der Fischereiberechtigte oder Fischpächter „in seinen Fischgewässern“ Fischreiher, Fischottern usw. mit den zur Jagd erlaubten Mitteln — ausgenommen Schuß — ohne Jagdschein töten oder fangen und für sich behalten kann. Dieses Gesetz bedeutet einen wesentlichen Fortschritt gegenüber dem Fischereigesetz vom 30. Mai 1874 (§ 45). Zwar bleibt dem Fischereiberechtigten das Recht, solche jagdbaren, der Fischerei schädlichen Tiere zu fangen, doch darf dieser Fang nicht mehr vom Ufer usw., sondern nur noch vom Wasser aus stattfinden. Der *Fischadler* ist in § 105 nicht erwähnt; ihm dürfen als jagdbares Tier also nur Jagdberechtigte, nicht aber Fischereiberechtigte nachstellen.

4. In erheblichem Maße sind die Interessen des Natur- und Heimatschutzes in der neuen *Agrargesetzgebung* berücksichtigt worden.

a) Die Reichsverordnung zur *Beschaffung von landwirtschaftlichem Siedlungsland* vom 29. Januar 1919 schrieb zwar in § 2 vor, daß Staatsdomänen bei Ablauf des Pachtvertrages dem gemeinnützigen Siedlungsunternehmen zum Kauf anzubieten sind, doch wird darin eine Ausnahme gemacht für diejenigen Flächen, deren Erhaltung im Staatsbesitz für Unterrichts-, Versuchs- oder andere Zwecke öffentlicher Art notwendig ist. Hierzu gehören von dem Standpunkte des Naturschutzes aus besondere Naturschutzgebiete, vom Standpunkte der Geschichte Burgen, Schlösser, auch Parke usw.

b) *Ödlandkultur*. Unter Drucksache Nr. 251 der Preuß. Landesversammlung wird vom Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten der Entwurf eines Gesetzes eingebracht über die Bildung von Bodenverbesserungsgenossenschaften, welches die Kultivierung von Mooren, Heiden und ähnlichen Ländereien sichern soll. Durch eine kleine Druckschrift der Staatlichen Stelle über die Sicherung von Naturdenkmälern bei den bevorstehenden Kultivierungen der Ödländereien sind die Kommissionen der Preuß. Landesversammlung auf die Wichtigkeit des Gegenstandes hingewiesen worden, und bei der Kommissionsberatung ist in § 1 folgender neuer Absatz eingefügt worden: „Die Interessen der Naturpflege, insbesondere die Erhaltung von Naturdenkmälern und Naturschutzgebieten sind tunlichst zu beachten. Es sind dazu geeignete Sachverständige zu hören.“

5. Das *Wohnungsgesetz* vom 28. März 1918 gestaltet das bisherige Baurecht wenigstens in allgemeinen Zügen neu. Art. 9 von § 2 dieses Ge-

setzes erhielt die Fassung: „Bei Aufstellung und Anwendung der Wohnungsordnungen und bei Ausübung der Wohnungsaufsicht ist, soweit nicht ein überwiegendes Interesse der Gesundheit oder der Sittlichkeit entgegensteht, das Interesse des *Denkmal- und Heimatschutzes* zu berücksichtigen.“

6. Durch ein *Baulastengesetz* sollten die Denkmäler der Natur und Kunst, die sich im Privatbesitz befinden, gegen Beeinträchtigung oder gegen Zerstörung gesichert werden; doch ist durch die politischen Ereignisse die Vorlage dieses Gesetzes vorläufig verhindert worden.

III. Dr. H. Klose spricht sodann über
Die Ansichtskarte im Dienste der Naturdenkmalpflege.

Der Vortragende zeigte, wie die gute, künstlerisch wertvolle und wissenschaftlich einwandfreie Ansichtskarte zur Ermittlung von Naturdenkmälern, zu ihrer Schonung und Erhaltung beitragen kann. Die Staatliche Stelle und eine Anzahl von Komitees haben Karten mit Serien von Naturdenkmälern herausgegeben. Derartige Karten in verstärktem Maße herauszugeben, muß auch fernerhin Aufgabe der Organisationen sein, weil dadurch nicht nur veredelnd auf die Industrie, sondern vor allem auch erzieherisch auf das Publikum eingewirkt wird.

IV. Geheimer Regierungs- und Forstrat Herrmann:

Die Bedrohung und Erhaltung unserer Wälder.

Der deutsche Wald hat während des großen Krieges wohl vermocht, die an ihn gestellten hohen Anforderungen zu befriedigen, die preußischen, Gemeinde- und Fideikommißforsten unbeschadet ihrer Substanz, die kleineren nicht ohne Gefährdung ihres Umfanges. Eine nennenswerte Vergrößerung der deutschen Waldfläche durch Aufforstung oder eine erhebliche Produktionssteigerung in den Staats- und Fideikommißforsten ist nicht möglich. Es wird daher ganz wesentlich von dem wirtschaftlichen Aufschwung unserer Industrie nach Wiederkehr normaler Verhältnisse abhängen, ob und wie weit der deutsche Wald imstande sein wird, den Bedarf an Nutz- und Brennholz zu decken. Immerhin muß damit gerechnet werden, daß die *Eigenproduktion nicht* ausreicht, auch nur die wesentlichsten Bedürfnisse zu befriedigen, und wir zum Teil wieder auf Einfuhr angewiesen sein werden.

Sodann erörtert der Vortragende die Frage, welchen Einfluß nach den bisherigen Rechtsbestimmungen der Staat auf die Besitzer von nichtstaatlichen Forsten hat, um den Waldverwüstungen vorzubeugen. Im allgemeinen unterscheidet man vier Systeme der Beaufsichtigung der Gemeindewälder:

1. Die *allgemeine Vermögensaufsicht*. Der Staat sorgt dafür, daß das Waldvermögen erhalten bleibt; Abforstung, Vernichtung des Waldes sind verboten. Dagegen ist die Bewirtschaftung

frei; auf technischem Gebiet findet keine Beaufsichtigung statt.

2. Die *technische Aufsicht*. Der ganze Betrieb steht unter Aufsicht, die Betriebspläne bedürfen der obrigkeitlichen Genehmigung. Vielfach werden seitens des Staates die Betriebspläne nur alle 10 Jahre revidiert; er kann aber auch eine alljährliche Vorlage der Wirtschaftspläne verlangen.

3. Die Gemeindeforsten sind zu *kommunalen Oberförstereien* verbunden, ihr Betrieb untersteht der Staatsaufsicht.

4. Die *Beförsterung*. Die Verwaltung der Körperschaftswäldungen ist mit der Staatsforstverwaltung organisch verbunden und geschieht durch Staatsforstbeamte.

Durch diese Beaufsichtigung hat der Staat auf die Gemeindeforsten Einfluß genug, um deren Abschachtung zu verhindern, dagegen ist sein Einfluß auf die Privatwäldungen gering. Eine Ausnahme machen die *Schutzwälder*, die angelegt sind zur Beseitigung von Flugsand, zur Verhinderung der Abschwemmung des Bodens, zur Verhütung von Überschwemmungen, als Uferschutz, zum Schutze gegen Eisgang, zum Aufhalten von Lawinen, zum Quellenschutz und gegen Wildgefahr. Die Schutzwälder unterstehen der Aufsicht des Staates, der Rodungen, Weidenutzung usw. verbieten kann. Von den übrigen Privatwäldungen bilden etwa ein Viertel Fideikommißforsten, die ebenfalls gesichert erscheinen, während der Rest, etwa 70 %, frei bewirtschaftet werden kann. Doch bestehen auch hier in einzelnen Bundesstaaten allerlei Bestimmungen, z. B. das Verbot der Rodung, der Abschwemmung (Verwüstung), das Aufforstungsgebot von Ödland, die Verpflichtung der Einholung der Erlaubnis zum Kahlschlag usw., so daß die Gefahren einer schrankenlosen Ausnutzung der Privatforsten nicht so groß sind. Immerhin wird in Zukunft eine Änderung der Verhältnisse nötig sein, damit der Staat mehr Einfluß auf den mittleren und kleineren Waldbesitz bekommt und ihn zur größeren Nutzbarmachung heranziehen kann. Neben Aufklärung und Belehrung der Waldbesitzer wird es sich nicht vermeiden lassen, alle Wäldungen, etwa von 15 ha an aufwärts, zu Genossenschaftswäldern zusammenzufassen und diese, vielleicht durch Beförsterung, unter Staatsaufsicht zu nehmen.

V. Forstmeister v. Nathusius, Forstbeirat des Verbandes Groß-Berlin:

Die Bedrohung und Erhaltung des Dauerwaldes Groß-Berlin.

Der Dauerwald von Groß-Berlin umfaßt ein Gebiet von 10 000 ha = 40 000 Morgen. Zu den Gefahren, die den Dauerwald während des Krieges bedrohten, und die ihn augenblicklich noch wegen der herrschenden Brennstoffnot bedrohen, rechnet der Vortragende den *Holzdiebstahl* und die *Vermehrung* des Einschlags. Ersterer hat

dem Walde infolge des rechtzeitig organisierten Schutzes keinen nennenswerten Schaden zugefügt; der um ca. 60 % gesteigerte Jahreseinschlag kann durch Einsparung in wenigen Jahren ausgeglichen werden. Unabhängig von den gegenwärtigen Verhältnissen drohen dem Walde große Gefahren:

1. von der *Erniedrigung des Bodenwassers*, die durch die Wasserwerke und Schiffahrtskanäle (Teltow- und Hohenzollernkanal) verursacht wird. Infolge der Absenkung des Grundwassers ändert die Bodenflora völlig ihren Charakter, und die Bäume, selbst die genügsamen Kiefern, gehen ein, da sie dem sinkenden Wasser nicht zu folgen vermögen.

2. Eine schwere Bedrohung des Dauerwaldes bilden die *Rauchschäden*, die besonders durch die schweflige Säure des Fabrikqualms verursacht werden. Nadelhölzer und Buchen leiden am meisten, während die Eichen mehr gefeit sind. Es wird deshalb eine besondere Aufgabe der Zukunft sein, in den rauchgefährdeten Forsten die reine Kiefernwirtschaft durch Laubholzverjüngung einzuschränken.

3. Nicht zu unterschätzen ist endlich die *Waldbrandgefahr*. Alle Sicherheitsorganisationen, alle Warnungen haben nicht vermocht, daß in den letzten Jahren durch Leichtsinn im Umgang mit Feuer beim Rauchen, Kochen usw. 1000 Morgen Brandflächen entstanden sind, die abgeholzt werden mußten.

Mit dem zurückgehenden Wald schwinden auch die Naturdenkmäler. Es wird Sorge getragen, daß durch Verschonung der alten Bestände und Bäume den Höhlenbrütern die Niststätten erhalten bleiben. Das Aufhängen von Nistkästen wird mehr und mehr gefördert; die vorhandenen Reiherstände sollen geschont, der Damwildbestand soll auf die alte Höhe gebracht werden.

So ist zu hoffen, daß es möglich sein wird, den Dauerwald durch die Gefahren der Gegenwart und Zukunft hindurchzuretten.

In der Besprechung wurde auf die Gefahren hingewiesen, die dem Walde von der „Verschönerung“ durch Anlegen von Wegen, Rodelbahnen, Renn- und Spielplätzen drohen und ihn immer mehr in einen Park verwandeln. Von zuständiger Seite konnten über diesen Punkt beruhigende Mitteilungen gemacht werden.

VI. Prof. Dr. Wille (Kristiania) berichtete über

Die Fortschritte des Naturschutzes in Norwegen

seit 1912.

Eine Übersicht über frühere Maßnahmen zum Schutz der Naturdenkmäler in Norwegen hatte Prof. Wille in den Beiträgen zur Ndpfl. Band II (1912) gegeben. Seitdem ist dort ein „Landesverein für Naturschutz in Norwegen“ gebildet worden, der sich aus vier Kreisvereinen zusammensetzt. Laut Reichstagsbeschluß vom 14. Juli 1916 können nicht nur Pflanzen- und

Tierarten, sondern auch einzelne Individuen geschützt werden. In den letzten Jahren sind durch Regierungsbeschluß 26 merkwürdige Bäume und Fundorte seltener Pflanzenarten mit Urwaldstrecken geschützt worden. Außerdem hat die staatliche Forstverwaltung administrative Maßnahmen zum Schutz von 4 Waldstrecken getroffen, und vom Kreisverein in Drontheim ist das 54—60 qkm große Naturschutzgebiet *Nedalen* begründet worden.

Prof. Wille hat Beschreibungen dieser und anderer Naturdenkmäler veröffentlicht. Durch Reichstagsbeschluß hat 1918 das Jagdgesetz eine Änderung erfahren, wonach der *Biber*, der bisher überall das ganze Jahr hindurch geschützt war, jetzt in einzelnen Kirchspielen gejagt werden kann. Da er nämlich infolge starker Vermehrung großen Schaden anrichtete, war der Staat gezwungen, den Besitzern hohe Entschädigungen zu zahlen. Es wurde deshalb, um die Zahl der Biber etwas zu reduzieren, die Jagd auf das Tier vom 15.—31. Oktober freigegeben. Diese Frist kann für einzelne Kommunen auf deren Antrag vom König vom 1. September bis 31. Oktober verlängert werden. In zahlreichen Gebieten aber bleibt der Biber das ganze Jahr hindurch geschützt.

Deutsche Meteorologische Gesellschaft. (Berliner Zweigverein.)

In der Sitzung am 10. Dezember 1919 hielt Dr. Robitzsch einen Vortrag über *Wetterdienst und Funkentelegraphie*. Während der Wetternachrichtendienst vor dem Kriege nur vereinzelt drahtlose Meldungen enthielt und im übrigen meist nach dem Radialsystem mit Draht gegeben wurde, sind jetzt die Drahtnachrichten — schon allein wegen ihrer unpünktlichen Weitergabe — fast bedeutungslos geworden. Sie werden heutzutage durch folgende Funkentelegramme ersetzt: von Nauen dreimal täglich Nachrichten von deutschen Stationen, vom Eiffelturm dreimal täglich französische und belgische Nachrichten, von Scheveningen Meldungen von holländischen, französischen und einer deutschen Station, von Cleethorpes und von Poldhu Übersichten über die Wetterlage westlich von England, ferner vereinzelte Meldungen u. a. von Prag, Warschau, London, Carnavon, schließlich aerologische Nachrichten von Lindenberg (Sammeltelegramm), Paris, Warschau. Mit Rücksicht auf diese Entwicklung gab der Vortragende an Lichtbildern einen Überblick über die Grundlagen und Schaltungsschemata der heutigen Funkentelegraphie. Zum Schluß wurde die Notwendigkeit betont, die atmosphärischen Einflüsse auf funkentelegraphische Störungen zu untersuchen. Hierbei handelt es sich vielfach um lokale Störungen, über deren Ursachen nur Vermutungen ausgesprochen werden können; es ist z. B. möglich, daß die kurzperiodischen Luftdruckschwankungen, welche meist bei Temperaturinversionen in den unteren Atmosphärenschichten auftreten, Inversionsschwingungen und im Anschluß daran auch luftelektrische Potentialschwingungen hervorrufen. Das Aeronautische Observatorium in Lindenberg will sich mit dem Studium solcher Zusammenhänge beschäftigen.